



NIEDERSCHRIFT

über die 38. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 19.06.2018,

Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 21:26



Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Follenius-Büssow

Lukas Hartmann

Andrea Heß

Christian Kolain

Udo Lichtenthäler

Sophia Maroc

FWG

Michael Dürphold

ab 17.26 Uhr TOP 3 ö.S.

Wolfgang Freiermuth

Linda Klein

Hans Volkhardt

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

ab 17.09 Uhr TOP 2 ö.S.

Jakob Wagner

FDP

Jochen Silbernagel

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron



Beigeordneter

Rudi Klemm

Berichterstatter

Christine Baumstark	(Hauptamt)
Michael Götz	(Gebäudemanagement)
Stefan Joritz	(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)
Christoph Kamplade	(Stadtbauamt)
Martin Messemer	(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)
Falk Pfersdorf	(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Sonstige

Joachim Arbogast	(Ortsvorsteher Mörlheim)
Sandra Diehl	(Leiterin Pressestelle)
Rolf Kost	(Ortsvorsteher Wollmesheim)
Dorothea Müller	(Ortsvorsteherin Mörzheim)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

CDU

Dr. Thomas Bals

Bernhard Löffel

Rolf Morio

SPD

Heinz Schmitt



Magdalena Schwarzmüller

Parteilos

Bertram Marquardt

AfD

Jürgen Sauer



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende bat darum, die Tagesordnung um folgende Sitzungsvorlagen zu ergänzen:

„B 48, Fahrbahnerneuerung zwischen der B 10 und der K 57 nach Hofstätten“ als neuer Punkt 24 der öffentlichen Sitzung und „Sporthalle West; Bereitstellung überplanmäßiger Mittel“ als neuer Tagesordnungspunkt 30 der öffentlichen Sitzung. Außerdem bitte er den Punkt 2 „Verpflichtung eines Ratsmitgliedes“ auf Punkt 1 vorzuziehen.

Der Stadtrat stimmte der Änderung und Ergänzung der Tagesordnung einstimmig zu.

Der Vorsitzende sprach weiter die noch ausstehende Resolution zur B 10 an. Er schlage vor, hier auch den Ortsbeirat Godramstein zu beteiligen. In der sitzungsfreien Zeit werde die Verwaltung einen abgestimmten Resolutionsentwurf vorlegen.

Ratsmitglied Freiermuth wies daraufhin, dass die FWG-Stadtratsfraktion aus Sicherheitsgründen einer Resolution nicht zustimmen werde.

Es bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Verpflichtung eines Ratsmitgliedes
2. Einwohnerfragestunde
3. Bericht des Leiters der Polizeidirektion Landau, Herr Thomas Sommerrock
4. Bericht der Beauftragten für die Belange der Universitätsstadt Landau in der Pfalz, Frau Sophia Maroc
5. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Meldung von Verunreinigungen per Messenger-Dienst
Vorlage: 101/420/2018
6. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Überarbeitung der Satzung über die äußerliche Gestaltung baulicher Anlagen zum Schutz der Ortskerne der Stadtteile
Vorlage: 101/421/2018
7. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Verbesserung der Fahrradinfrastruktur in und um Landau
Vorlage: 101/422/2018
8. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Piktogramme "30 km/h" im inneren Ring
Vorlage: 101/423/2018



9. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Änderung Hauptsatzung, Einrichtung von zwei Ortsbezirken
Vorlage: 101/424/2018
10. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Änderung Hauptsatzung, Einrichtung Mobilitätsausschuss
Vorlage: 101/425/2018
11. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Resolution gegen die Zentralisierung der Einlagensicherung in Europa
Vorlage: 101/426/2018
12. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Mobilitätskonzept Südcampus
Vorlage: 101/427/2018
13. Neubesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 100/251/2018
14. Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter des Oberverwaltungsgerichtes Rheinland-Pfalz sowie des Verwaltungsgerichtes Neustadt an der Weinstraße
Vorlage: 100/249/2018
15. Vorschlagsliste zur Wahl der Schöffen für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023
Vorlage: 100/250/2018
16. Widmung des Vereinsheims des Horstsportvereins 1950 e.V., Albrecht-Dürer-Straße 5 in Landau in das Vermögen des Eigenbetriebs Gebäudemanagement Landau (GML)
Vorlage: 230/325/2018
17. Änderung der Satzung über die Ablösung von Stellplatzverpflichtungen
Vorlage: 300/142/2018
18. Ausschreibung der Sportfahrten der verschiedenen Landauer Schulen zu Sportanlagen und zum LaOla für das Schuljahr 2018/2019
Vorlage: 400/099/2018
19. Einbringung des Entwurfs der Schulentwicklungsplanung für die Stadt Landau
Vorlage: 400/101/2018
20. Einbringung des Entwurfs der Sportstättenentwicklungsplanung für die Stadt Landau
Vorlage: 400/102/2018
21. Vorhabenbezogener Bebauungsplan „C 37, Lebensmittelmarkt Wieslauterstraße 55“; Aufstellungs- und Offenlagebeschluss gem. Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: 610/507/2018
22. Bebauungsplan C 25 „Konversion Landau Süd / Landesgartenschau“ –



Aufstellungsbeschluss 2. Teiländerung (Gebiet in der Gemarkung Landau,
Hartmannstraße / Heinrich-Diehl-Straße)
Vorlage: 610/509/2018

23. Ausrichtung des städtebaulichen Realisierungswettbewerbs „Gewerbepark
Messegelände-Südost“
Vorlage: 610/512/2018
24. B 48, Fahrbahnerneuerung zwischen der B 10 und der K 57 nach Hofstätten
Vorlage: 660/168/2018
25. Abbruch und Neubau der Horstbrücke in Landau in der Pfalz, Vergabe von
Ingenieurleistungen für die Objektüberwachung (Teilleistung) und Örtliche
Bauüberwachung
Vorlage: 680/169/2018
26. Abbruch und Neubau der Horstbrücke in Landau in der Pfalz, Vergabe von
Ingenieurleistungen für die bautechnische Prüfung und Überwachung
Vorlage: 680/171/2018
27. Übertragung von Auftragsvergaben auf den Oberbürgermeister im Einzelfall
Vorlage: 680/173/2018
28. Mieterhöhungen bei den städtischen Wohnungen
Vorlage: 820/241/2018
29. Wohnungsbau durch das Gebäudemanagement Landau
Vorlage: 820/243/2018
30. Sporthalle West; Bereitstellung überplanmäßiger Mittel
Vorlage: 820/244/2018
31. Nachtrag Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau
(EWL) für das Jahr 2018 für den Betriebszweig Service
Vorlage: 860/377/2018
32. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Verpflichtung eines Ratsmitgliedes

Der Vorsitzende belehrte das Ratsmitglied Judith Neumann über ihre Rechte und Pflichten als Ratsmitglied. Er wies besonders auf die Treuepflicht und die Schweigepflicht hin. Frau Neumann ist Nachrückerin für Herrn Prof. Peter Leiner, der sein Mandat zum 15. Mai 2018 niedergelegt hat.

Der Vorsitzende verpflichtete das Ratsmitglied Judith Neumann gemäß § 30 der Gemeindeordnung per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Rechte und Pflichten.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner sprach das Festungsbauwerk 100 auf dem Baufeld 33 an. Die Mauerreste der Festung sollen wohl alle erhalten bleiben, würden aber in einer Tiefgarage verschwinden. Der historischen Verantwortung für die Festung werde man aber nur gerecht, wenn diese auch sichtbar sei. Daher seine Frage, ob man sich schon Gedanken gemacht habe über eine Visualisierung dieser Festungsreste.

Der Vorsitzende erläuterte, dass die derzeitige Planung dies sei, was den Vorstellungen der GDKE entspreche. Man werde aber bei einem noch ausstehenden weiteren Gespräch mit der GDKE diese Anregung auch nochmal einbringen.

Ein weiterer Einwohner sprach den Rosenplatz an. Er schlage für den Rosenplatz eine verkehrsberuhigte Zone vor, in der Autofahrer, Radfahrer und Fußgänger gleichberechtigt sind. Für den Platz selbst rege er eine Grünoase mit Aufenthaltsqualität an.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Bericht des Leiters der Polizeidirektion Landau, Herr Thomas Sommerrock

Der Vorsitzende begrüßte den Leiter der Polizeidirektion Landau, Herrn Thomas Sommerrock.

Herr Sommerrock lobte zu Beginn seines Berichtes die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei Landau, die im Jahr 2017 wieder großartiges geleistet hätten. Im Jahr 2017 seien im Bereich der Stadt Landau 3.984 Delikte erfasst worden. Damit sei erstmals die Zahl von 4000 Fällen unterschritten worden. Dies sei ein Rückgang von mehr als 8 % bei einer Aufklärungsquote von 60,5 %. Besonders erwähnenswert sei der Rückgang der Straßenkriminalität um 17,2 %. Die Wahrnehmung der Sicherheit bei der Bevölkerung sei eine andere als die tatsächliche Lage. Dass die tatsächliche Lage eine andere sei, zeige sich auch bei der Häufigkeitszahl, die sich auf Delikte je 100.000 Einwohner beziehe. Auch hier gebe es einen Rückgang von fast 10 %. Bei den Wohnungseinbruchdelikten liege Landau unter dem Durchschnitt in Rheinland-Pfalz. Hier habe man auch eine vergleichsweise hohe Aufklärungsquote.

Die Personalstärke sei nach wie vor schwierig. Mit 87 % Personal sei es schon schwierig, die Arbeit adäquat zu machen. Bei den Mehrstunden gebe es einen deutlichen Rückgang im Bereich der Polizeidirektion, dagegen einen Anstieg bei der Polizeiinspektion. Um dieses Problem auf Sicht zu beheben, stelle man bei der Ausbildung deutlich über Bedarf ein.

Zur Fragestellung der Videoüberwachung im Stadtgebiet müsse er sagen, dass er kein Freund davon sei. Er sehe im Moment keinen triftigen Grund für eine Videoüberwachung. Temporär sei dies denkbar bei Großveranstaltungen.

Man habe die Problematik, dass man bei Einsätzen priorisieren müsse. Im Moment habe man eine sehr hohe Belastung durch Einsätze rund um Kandel. Um Geduld bitte er bei den Entwicklungen im Bereich des Schwanenweiher. Man wolle dort Strukturen zerschlagen, was nach 6 Monaten Arbeit jetzt gelungen sei. Es gebe durch die Einsätze dort aber auch einen Verdrängungseffekt.

Ratsmitglied Lerch war erfreut über die positive Entwicklung. Er danke der Polizei Landau für ihre Arbeit. Die Landauer Polizei habe auch bei der Bevölkerung ein sehr positives Image. Dem Bericht sei aber auch zu entnehmen, dass 27 Kräfte fehlen würden. Es sei verständlich, dass da Schwerpunkte gebildet werden müssten. Seine Frage gehe dahin, was man von Seiten der Polizei "mehr" machen würde, wenn man die Sollstärke hätte. Zu den Kriminalitätsschwerpunkten gehe die Frage dahin, ob dies in Landau nur der Schwanenweiher sei oder ob es noch andere Schwerpunkte gebe.

Herr Sommerrock entgegnete, dass auch der Schwanenweiher in dem Sinne kein Kriminalitätsschwerpunkt sei. Einen solchen Schwerpunkt gebe es in Landau nicht. Mit mehr Kräften würde man Verkehrsüberwachung machen.

Ratsmitglied Maier erklärte, dass die Leistung der Landauer Polizei Respekt verdiene. Die vorgelegten Zahlen seien sehr erfreulich. Seine Frage gehe dahin, was man zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bürger tun könne.

Herr Sommerrock sah die Problematik darin, dass es teilweise viele Fake News gebe. Je einfacher die Botschaft sei, umso mehr werde es geglaubt.

Ratsmitglied Hartmann war froh, dass die Zahlen so positiv sind. Seine Frage gehe dahin, wie oft es in 2017 zu Verkehrskontrollen gekommen sei.



Herr Sommerrock entgegnete, dass dies viel zu selten gewesen sei, obwohl man häufig unterwegs gewesen sei. Man habe immer noch eine hohe Zahl an Verstößen.

Ratsmitglied Freiermuth dankte Herrn Sommerrock für seinen Bericht. Dieser sei fast wie vorgezogene Weihnachten. Richtig sei, dass die Unsitte der Handynutzung am Steuer zunehme. Erstaunt sei er über die Aussage, dass eine Videoüberwachung nichts bringe.

Ratsmitglied Dr. Migl unterstrich, dass sich manche Bürger eben nicht so sicher fühlen würden, wie es die tatsächliche Lage vorzugeben scheine. Ein Beispiel sei gerade das Umfeld des Hauptbahnhofes, wo es doch Vandalismus gebe.

Herr Sommerrock entgegnete, dass Bahnhöfe generell ein Problem seien, da dort viele Akteure beteiligt seien.

Bürgermeister Dr. Ingenthron ergänzte, dass man im Moment mit Bahn und Polizei im Austausch sei. Für Landau gebe es keine Auffälligkeiten, der Hauptbahnhof sei insoweit kein Kriminalitätsschwerpunkt.

Der Vorsitzende unterstrich, dass man seit der Landesgartenschau einen sehr engen Kontakt mit der Polizei gerade im Hinblick auf das Bahnhofsumfeld habe. Wichtig sei, dass man Präsenz in der Fläche brauche, um einem Verdrängungsprozess zu begegnen. Daher müsse sich die Personalstärke in Richtung der Sollstärke entwickeln.

Ratsmitglied Vogler erkundigte sich nach der Entwicklung bei den Arbeitszeitmodellen der Polizei.

Herr Sommerrock erläuterte hierzu.

Ratsmitglied Schowalter wollte wissen, ob es in Landau Probleme mit Reichsbürgern gebe.

Herr Sommerrock verneinte dies.

Ratsmitglied Wagner bat um eine Einschätzung von Herrn Sommerrock zur Testphase mit sogenannten Tasern. Weiter bitte er um eine Aussage zur Änderung des Polizeiordnungsgesetzes in Rheinland-Pfalz hinsichtlich der Überwachung mittels Software auf privaten Rechnern.

Herr Sommerrock erklärte, dass eine solche Überwachung im eigenen Raum in Landau kein Thema sei. Taser wären eine gute und sinnvolle Sache. Diese Auffassung vertrete er schon seit einigen Jahren.

Ratsmitglied Follenius-Büssow fragte nach der Entwicklung bei Delikten in häuslicher Gewalt.

Herr Sommerrock sagte hierzu, dass es hier im Jahr 2017 einen deutlichen Rückgang der Fälle gebe.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Bericht der Beauftragten für die Belange der Universitätsstadt Landau in der Pfalz, Frau Sophia Maroc

Der Vorsitzende bat die Beauftragte der Stadt Landau für die Belange der Universitätsstadt Landau in der Pfalz, Frau Sophia Maroc um ihren Bericht.

Ratsmitglied Maroc betonte, dass sie das Amt 4 Jahre lang sehr gerne bekleidet habe. Das Amt sei sehr zeitaufwändig und fordere sehr hohe Flexibilität. Am Anfang sei sie sowohl bei der Universität als auch bei der Stadt sehr gut eingebunden gewesen. Universität und Stadt hätten ein sehr gutes Verhältnis entwickelt. Es müssten jetzt aber viele Fragen zur Ausgestaltung der Stelle geklärt werden. Welches Hauptaugenmerk müsse auf die Aufgabe der Unibeauftragten gelegt werden? Gehe es hauptsächlich um die Studenten und das studentische Leben oder sei es doch weitergefasst? Zweite entscheidende Frage sei, ob die Unibeauftragte Teil der Stadtverwaltung sei? Nur wenn sie Teil der Stadtverwaltung sei, könne sie eigene Entscheidungen treffen, ein Budget haben und im Idealfall eine Dezernatsverantwortung haben. Ein weiteres Problem sei die Ehrenamtlichkeit der Stelle. Ihre berufliche Vollzeitstelle sei mit dem Ehrenamt der Unibeauftragten in dieser Größe nicht mehr vereinbar. Aus all diesen Gründen trete sie zum 30. Juni 2018 von ihrem Amt zurück. Die angesprochenen Probleme seien ganz sicher zu lösen. Sie empfehle aber, die Stelle zunächst bis zur Kommunalwahl im nächsten Jahr vakant zu lassen. Ihrer Meinung nach sollte die Unibeauftragte Teil der Verwaltung sein und auch mehr Aufgaben und Verantwortungen haben. Wünschenswert wäre ein eigenes Büro an der Universität oder bei der Stadtverwaltung mit festen Sprechzeiten. In ihren Augen sei die Ehrenamtlichkeit keine Option mehr. Sinnvoll wäre es, die Stelle zusammen mit der Universität zu definieren. Überdenken müsse man auch den Unirat, den man zum Ausschuss weiterentwickeln sollte. Sie danke allen für das Vertrauen in den letzten vier Jahren.

Der Vorsitzende dankte Frau Maroc für die offenen Worte, aber auch für die geleistete Arbeit. In den vier Jahren habe man große Fortschritte im Zusammenwirken zwischen Stadt und Universität gemacht. Ohne Zweifel habe sich die studentische Kultur in der Stadt verbessert. Insoweit habe Frau Maroc Pionierarbeit geleistet. Er habe durchaus Verständnis für die Überlegung, den Zuschnitt der Stelle zu überdenken. Es sei aber nicht Aufgabe der Verwaltung über eine Neubesetzung zu entscheiden. Der Stadtrat müsse sagen, ob es neu besetzt werden soll. Es wäre aber durchaus sinnvoll, nach der Kommunalwahl 2019 darüber zu reden, in welcher Form es weitergehe.

Ratsmitglied Lerch bescheinigte Frau Maroc, 4 Jahre gute Arbeit geleistet zu haben. Dafür bedanke sich die CDU-Stadtratsfraktion ausdrücklich. Er folge dem Vorschlag, die Stelle zunächst vakant zu lassen und die Struktur zu überdenken. Allerdings sei es für ihn nicht entscheidend, was die Universität wünsche. Die Stelle dürfe keine Einbahnstraße sein, daher sollte man dies gemeinsam zwischen Stadt und Uni entwickeln. Kritisch sehe er die Aussage, dass die Ehrenamtlichkeit bei dieser Stelle keine Option sei. Seine Meinung sei, dass dies sehr wohl ehrenamtlich machbar sei.

Ratsmitglied Maier sprach den Dank der SPD-Stadtratsfraktion für die Pionierarbeit aus. Es mache durchaus Sinn, es nach vier Jahren kritisch zu prüfen. Man könne perspektivisch durchaus in den Bereich Hauptamtlichkeit denken. Dies könne auch ein Ansprechpartner in der Verwaltung sein.



Ratsmitglied Hartmann war der Auffassung, dass die Ziele, die man 2014 definiert habe, weit übertroffen seien. Dafür gebühre Frau Maroc Dank und Anerkennung. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion sei im Moment für die Vakanz der Stelle. Es gehe für ihn um die Weiterentwicklung der Stelle. Themen seien dabei die Hauptamtlichkeit mit Dezernatszuschnitt, die Weiterentwicklung des Rates der Universität zu einem richtigen Universitätsausschuss und ein Budget für diese Stelle.

Ratsmitglied Freiermuth dankte Frau Maroc für die offene und kritische Reflexion. Es sei in der Tat eine Bugwelle abgearbeitet worden. Nun stelle sich die Frage, wie es künftig weitergehe. Von daher mache eine Vakanz im Moment durchaus Sinn. Für eine Hauptamtlichkeit allerdings sehe er im Moment keine zwingende Notwendigkeit.

Ratsmitglied Wagner schloss sich dem Dank der Vorredner für die offenen Worte an. Er habe im Subtext durchaus auch etwas anderes gehört. So würden die Aussagen der Unibeauftragten auf der Website der Grünen etwas anderes sagen. Auch nach vier Jahren sei das Hauptaugenmerk der Stelle immer noch nicht klar. Wie könne es sein, dass dies bei einer Stabsstelle des Oberbürgermeisters nach dieser langen Zeit immer noch so sei? Trotz einer überaus erfolgreichen Arbeit gebe es immer noch diese eklatanten Mängel. Die Verwaltung versuche sich gerade davon wegzumogeln. Wenn die Stelle allen so wichtig sei, warum solle es dann eine Vakanz geben? Offenbar gebe es im Stadtvorstand keinen Willen, die Stelle adäquat auszustatten.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die Subtextinterpretationen die hier ausgebreitet würden, schon sehr abenteuerlich seien. Es gehe um die persönliche Situation von Frau Maroc und um die Weiterentwicklung der Stelle, für die Frau Maroc Rahmenbedingungen genannt habe. Für diese Rahmenbedingungen sei aber nicht der Stadtvorstand zuständig, sondern der Stadtrat. Er sei sehr dafür, diese Stelle weiterzuentwickeln.

Ratsmitglied Baum-Baur erklärte, dass der Rücktritt von Frau Maroc für sie überraschend sei. Sie hätte sich gewünscht, dass man früher über diese Probleme gesprochen hätte. Man brauche jetzt eine gewisse Zeit, um neue Ideen und einen neuen Plan zu entwickeln.

Ratsmitglied Maroc unterstrich, dass es schon teilweise schwierig mit der Informationsweitergabe durch die Verwaltung gewesen sei. Dies habe manchmal auch mit der rechtlichen Situation zu tun. Aber auch von Seiten der Universität sei sie nicht mehr so eingebunden gewesen wie zu Beginn. Die Universität wisse nicht, wie sie mit der Stelle umgehen solle. Hinsichtlich der Ehrenamtlichkeit gehe es um das Salär, nicht um die Ehrenamtlichkeit an sich.

Ratsmitglied Dr. Migl sah die Gefahr, dass durch eine Vakanz der Stelle nun ein Jahr Leerlauf sei. Unabhängig von den persönlichen Gründen von Frau Maroc hätte man bereits früher eine Lösung finden müssen.

Ratsmitglied Hartmann machte deutlich, dass die Vorstellungen der Grünen zu dieser Stelle derzeit nicht mehrheitsfähig seien. Daher sollte man die Stelle jetzt nicht neu besetzen, sondern im Zuge der Kommunalwahl über eine Neuaufstellung reden.

Der Vorsitzende betonte nochmals, dass der Stadtrat Herr des Verfahrens sei.

Ratsmitglied Lerch entgegnete auf die Ausführungen von Frau Dr. Migl, dass es nicht um eine Beibehaltung des Status quo gehe.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Meldung von Verunreinigungen per Messenger-Dienst

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 24. Mai 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Maier begründete den Antrag. Es gebe ja bereits seit einiger Zeit das Scherbentelefon. Nun könnte man mittels moderner Messenger-Dienste die neuen Medien in dieses System einbinden. Dies wäre seiner Meinung nach eine sinnvolle Weiterentwicklung.

Der Vorsitzende erklärte, dass man die Anregung unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften prüfen werde.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb prüft die Möglichkeit, Verunreinigungen zukünftig auch per Messenger-Dienste zu melden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Überarbeitung der Satzung über die äußerliche Gestaltung baulicher Anlagen zum Schutz der Ortskerne der Stadtteile

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 24. Mai 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Eichhorn begründete den Antrag. Die aktuelle Diskussion um ein Bauvorhaben in Nußdorf sei Initialzündung für diesen Antrag gewesen. Es zeige sich, dass die Gestaltungssatzung für die Ortsteile zeitgemäß weiterentwickelt werden müsse. Es bedürfe vor allem der Anpassung des Regelwerkes in den Sektoren Farbgebung, Dachgestaltung und Fotovoltaikanlagen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die Situation der Verwaltung bekannt sei. Er schlage vor, diese Thematik im Zuge der Haushaltsberatungen 2019 zu besprechen, da man hierfür auch Haushaltsmittel brauche, um entsprechende Fachbüros einzubinden. Ziel sei es, dies dann im Jahr 2019 auch tatsächlich anzugehen.

Ratsmitglied Eisold war der Auffassung, dass es sicherlich notwendig sei, Gestaltungssatzungen immer mal wieder zu betrachten und weiterzuentwickeln. Man könne aber auch in Nußdorf weiterhin bauen, müsse sich eben der geltenden Gestaltungssatzung anpassen. Die SPD-Stadtratsfraktion werde sich aber nicht versperren, auch wenn der bisherige Weg einer behutsamen Gestaltung in den Stadtdörfern durchaus richtig sei.

Ratsmitglied Lichtenthäler betonte, dass Alt ja nicht gleich schlecht sein müsse. Allerdings seien einige Anregungen, die Herr Eichhorn eingebracht habe, durchaus richtig. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion stimme einem Verweis in die Haushaltsberatungen 2019 zu.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass eine Gestaltungssatzung durchaus Sinn mache. Aber auch eine Anpassung sei zwingend notwendig. Die FWG-Stadtratsfraktion sei für den Verweis in die Haushaltsberatungen.

Ratsmitglied Wagner bat darum, auch den Beteiligungsrat in das Beratungsverfahren einzubinden.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, ein Verfahren zur Überarbeitung und Neuformulierung der Satzung über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen zum Schutz der Ortskerne der Stadtteile der Stadt Landau in der Pfalz einzuleiten, wird in die Haushaltsberatungen 2019 verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Verbesserung der Fahrradinfrastruktur in und um Landau

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 29. Mai 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Lerch begründete den Antrag. Mit dem Antrag gehe es der CDU um eine Weiterentwicklung und um eine Problembeseitigung. Man kümmere sich viel um Radwegeverbindungen in der Stadt, aber die überregionalen Radverbindungen habe man oft nicht im Fokus. Auch der Markt der E-Bikes boome immer mehr. Dies mache weitreichende Velorouten sinnvoll und nötig. Beim Hauptbahnhof müsse man dringend das Thema weiterer Fahrradabstellanlagen angehen.

Der Vorsitzende informierte, dass es zu den Velorouten nach einer Potenzialuntersuchung des LBM im Jahr 2014 nun Modellprojekte gebe. Hier werde man beim Land nochmal nachfragen, wie der Stand der Dinge sei. Hinsichtlich der weiteren Fahrradabstellanlagen beim Hauptbahnhof nehme man den Prüfauftrag an und werde zu gegebener Zeit im Bauausschuss berichten.

Ratsmitglied Schowalter unterstrich, dass diese Autobahnen für Fahrräder ein durchaus angesagtes Thema seien. Allerdings gehe es hier um hohe Investitionen, dies sei sehr ambitioniert.

Ratsmitglied Hartmann erklärte, dass die Investitionen für diese Velorouten nur ein Bruchteil dessen seien, was in Autostrecken investiert werde. Natürlich sollte man sich um die Velorouten Landau-Neustadt und Landau-Speyer bemühen und es auch anmelden. Von daher sei der Antrag der CDU-Fraktion sehr unterstützenswert. Am Hauptbahnhof gebe es deutlich zu wenige Fahrradbügel.

Ratsmitglied Freiermuth begrüßte grundsätzlich die Schaffung von Velorouten, die eine gute Sache seien. Die Diskussion über die Umsetzung aber werde spannend werden. Dies werde eine Herausforderung. Was die Fahrräder am Hauptbahnhof betreffe, müsse dort eine Regelung getroffen werden.

Ratsmitglied Wagner konnte sich für die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion gut mit dem Antrag anfreunden. Man werde diesem zustimmen. Beim Bahnhofsvorplatz müsse man die Lebenswirklichkeit anerkennen, manche Dinge könne man nicht ändern.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Bei der Landesregierung zu beantragen, dass zwischen Landau und Neustadt sowie zwischen Landau und Speyer ein Fernradweg eingerichtet/gebaut wird.
2. Die Prüfung und Optimierung der Fahrradabstellsituation am und um den Hauptbahnhof in Landau.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Piktogramme "30 km/h" im inneren Ring

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 1. Juni 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Thiel begründete den Antrag. Man habe eine relativ große 30 km-Zone in Landau. Allerdings seien die Kennzeichnungen der Zone auf der Straße kaum noch lesbar. Daher die Aufforderung, die Piktogramme wieder zu erneuern.

Der Vorsitzende schlug vor, dieses Thema im Bauausschuss zu beraten.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, die "30-km/h-Piktogramme" im inneren Ring zu erneuern, wird in den Bauausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Änderung Hauptsatzung, Einrichtung von zwei Ortsbezirken

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 4. Juni 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Hartmann begründete den Antrag. Die Wollmesheimer Höhe und der Horst hätten alle Kennzeichen eines Gemeinwesens. Es gebe viele Themen, die auch von den bestehenden Ortsbeiräten mit Verve angegangen würden. Auch wenn die Ortsbeiräte formal wenige Rechte und Pflichten hätten, so werde der Stadtrat in seiner Entscheidung durchaus vom Votum eines Ortsbeirates beeinflusst. Die Gegenargumente, die von der Verwaltung und den anderen Fraktionen angeführt würden, seien teilweise nicht nachvollziehbar. Sein Vorschlag zur Finanzierung der neuen Ortsbeiräte die Steuern zu erhöhen sei immerhin der erste Antrag einer Fraktion in dieser Legislaturperiode, der eine Gegenfinanzierung aufweise. Wenn man der Meinung sei, die Ortsbeiräte würden ohnehin nichts bringen, dann müsste man konsequenterweise auch die bestehenden abschaffen.

Der Vorsitzende erinnerte daran, dass es diverse Vorbereitungen zu diesem heutigen Antrag gegeben habe. Der Vergleich mit den Ortsbeiräten in den Stadtdörfern hinke, dies sei überhaupt nicht vergleichbar. Man habe dort gewachsene dörfliche Strukturen, die einen historischen Hintergrund hätten. Wenn man den Horst als Beispiel nehme, dann zeige sich, dass man erst einmal eine Grundsatzdiskussion über die Strukturen eines solchen Ortsbezirkes führen müsste. Der Horst beispielsweise habe sich ursprünglich bis zur Neustadter Straße erstreckt. Eine Reduzierung auf nur zwei neue Ortsbezirke im Stadtgebiet sei sachfremd. Wenn man dies machen wolle, dann müsse man über die gesamte Stadt reden. Dies aber würde uns finanziell und strukturell überfordern. Für die Repräsentanz dieser Gebiete im Stadtrat seien letztlich die Parteien mit in der Verantwortung. Er appelliere daher, bei den anstehenden Listenaufstellungen eine angemessene Repräsentanz zu schaffen. Er empfehle, den Antrag abzulehnen.

Ratsmitglied Lerch sah in dem Antrag den Versuch der Grünen, ihren Ruf als Steuererhöhungspartei zu festigen. Offenbar würden die Grünen auch ihr Herz für die Ortsteile entdecken. Es sei grundsätzlich die Frage, ob man hier Nachholbedarf habe. Es stelle sich in der Tat die Frage, wo man es abgrenze. Er sehe überhaupt keinen Grund, eigene Strukturen zu schaffen. Die CDU-Stadtratsfraktion sehe derzeit keine Grundlage für neue Ortsbeiräte.

Ratsmitglied Maier erklärte, dass man sich durchaus Gedanken machen sollte, wie man das Bürgerengagement erhöhen könne und wie Bürgerbeteiligung möglich werde. Es stelle sich aber die Frage, ob dies die Schaffung neuer Ortsbezirke sein müsse. Ansprache vor Ort könne auch in Bürgerbüros oder Stadtteilbüros ermöglicht werden. Den Antrag in dieser Form halte die SPD-Stadtratsfraktion für einen Schnellschuss

Ratsmitglied Freiermuth unterstrich, dass man einen Stadtbezirk nicht mit einem Ortsbezirk vergleichen könne. Die Abgrenzung solcher Stadtbezirke wäre schon sehr schwierig. Man müsse auch über die Frage der Kosten reden dürfen. Er halte es für sinnvoller, an den gängigen Strukturen zu arbeiten. Die FWG-Stadtratsfraktion lehne den Antrag ab. Schon im Ältestenrat sei klar gewesen, dass es keine Mehrheit für diesen Antrag gebe.



Ratsmitglied Dr. Migl unterstützte für die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion den Antrag vorbehaltlos. Ein Ortsbeirat sei eine basisdemokratische Vertretung eines Ortsteils und damit eine Aufwertung eines Wohnbezirks. Die bisher vorgetragenen Argumente seien eine Verhinderungsstrategie. Aus Detailfragen werde ein Popanz aufgebaut.

Ratsmitglied Vogler hielt eine emotionale Debatte durchaus für wünschenswert. Ist es wirklich Bürgernähe? Ist es das Bedürfnis der Menschen im Rat zu sein? Es gebe andere Instrumente, um die Menschen zu beteiligen.

Ratsmitglied Hartmann verwahrte sich gegen teils unsachgemäße Vorwürfe aus den Reihen des Rates. Man müsse zur Kenntnis nehmen, dass große Stadtdörfer überproportional im Stadtrat vertreten seien. Es sei auch kein Schnellschuss, sondern vielmehr ein Mehr an Demokratie. Auch das Argument des öffentlichen Interesses sollte man nicht zu hoch hängen. Im Kern drücke sich der Rat davor, diese Frage zu entscheiden.

Der Vorsitzende machte nochmal deutlich, dass man über Strukturen reden könne, dann aber auch mal über die Strukturen der Südstadt.

Ratsmitglied Volkhardt gab zu bedenken, dass es in Koblenz vor kurzem einen Bürgerentscheid zur Frage der Ortsbezirke gegeben habe. Die Bürger dort hätten dies mit sehr großer Mehrheit abgelehnt.

Der Stadtrat lehnte den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion mehrheitlich mit 7 Ja,- 29 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung ab.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Änderung Hauptsatzung, Einrichtung Mobilitätsausschuss

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 4. Juni 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Hartmann begründete den Antrag. Mobilität sei eines der wichtigsten Themen im Stadtrat. Im Moment habe man mit dem Bauausschuss, dem Arbeitskreis Verkehr und dem Fachbeirat Mobilitätskonzept 3 Gremien, die sich damit auseinandersetzen. Die Sitzungen des Bauausschusses würden in der Regel über 3 Stunden dauern. Der AK Verkehr habe sich in den letzten Jahren auch weiterentwickelt. Man könnte alle Mobilitätsfragen auch in einem eigenen Mobilitätsausschuss diskutieren und damit den Bauausschuss entlasten. Die Umsetzung des Mobilitätskonzeptes werde den Rat und die Verwaltung bestimmt noch 10 Jahre beschäftigen. Von daher sei ein eigener Mobilitätsausschuss durchaus eine gute und sinnvolle Sache.

Der Vorsitzende betonte, dass die Sitzungen der Fachausschüsse deshalb so lange seien, weil dort intensiv diskutiert werde. Er könne die Argumente der Grünen durchaus nachvollziehen. Dennoch schlage er vor, dieses Thema im Zuge der Neukonstituierung der Gremien im kommenden Jahr mitzudiskutieren. Bis dahin könne man dies durch zusätzliche Bauausschusssitzungen auffangen.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass er die Motive für diesen Antrag durchaus teilen könne. Im Verhältnis zwischen Bauausschuss und AK Verkehr hätten in den letzten Jahren Veränderungen stattgefunden. Die Fragestellung, ob dies so bleiben müsse, sei durchaus deckungsgleich mit der CDU. Allerdings sollte man die Argumente und Überlegungen abwägen im Sinne der besten Lösung. Von daher sei es sinnvoll, dies nach der Kommunalwahl zu entscheiden.

Ratsmitglied Vogler hielt es für legitim, Strukturen zu hinterfragen. Eine Erhöhung der Anzahl der Bauausschusssitzungen könne hier schon für Entlastung sorgen. Nach der Kommunalwahl müsse man ohnehin über den Zuschnitt der Ausschüsse neu entscheiden. Daher sollte heute keine Abstimmung über den Antrag erfolgen.

Ratsmitglied Freiermuth betonte, dass die Länge der Bauausschusssitzungen in der Tat grenzwertig sei. Andererseits habe der Bauausschuss auch außergewöhnliche Themen. Gerade im AK Verkehr aber sei immer nichtöffentlich und parteiübergreifend sehr sachlich diskutiert worden. Dies sollte man nicht aufgeben. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme dem Antrag nicht zu.

Ratsmitglied Dr. Migl tat sich mit dem Antrag schwer. Es gebe doch eine starke Verzahnung der Themen. Das Thema Mobilität hänge auch an vielen Themen im Bauausschuss. Die zusätzlich angebotenen Sitzungen des Bauausschusses könnten das ganze auch entzerren. Der Arbeitskreis Verkehr habe immer sehr sachlich diskutiert.

Bürgermeister Dr. Ingenthron bat darum, hier pragmatisch vorzugehen. Die zwei zusätzlichen Sitzungen des Bauausschusses im 2. Halbjahr würden durchaus helfen. Zur Gesamtbetrachtung gehöre, dass eine gründliche Vorberatung im Ausschuss die Beratungen in Hauptausschuss und Stadtrat entzerren. Am Ende würden es ohnehin fast die gleichen Leute sein, die dann in zwei Ausschüssen seien.



Der Stadtrat lehnte den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion mehrheitlich mit 6 Ja,- 30 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung ab.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Resolution gegen die Zentralisierung der Einlagensicherung in Europa

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 5. Juni 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Lerch begründete den Antrag. Er gestehe zu, dass diese Resolution in Brüssel und Berlin sicher nicht groß einschlagen werde. Trotzdem mache es Sinn, diese Resolution einzubringen. Die Heranziehung zur Einlagensicherung gefährde die Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Die erhöhten Risiken seien nicht von den kommunalen Banken verursacht worden.

Der Vorsitzende empfahl von Seiten der Verwaltung die Zustimmung zu dieser Resolution. Dies entspreche der Empfehlung des Städtetages, der dazu rate, alle Kanäle zu nutzen, damit genau dies nicht eintreffe.

Ratsmitglied Eisold unterstützte für die SPD-Stadtratsfraktion diese Resolution. Es sei sinnvoll, dass die Sparkassen in ihrem Bestand geschützt werden. Man müsse an manchen Stellen gegen manche Tendenzen in der EU aufstehen und deutlich machen, dass Sparkassen wichtig seien.

Ratsmitglied Hartmann bat darum, über die Resolution nochmal sprachlich zu reden und sie deshalb zurückzustellen.

Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass hier im Hintergrund ein Riesenfass aufgemacht werde. Er sehe die Probleme bei Privatbanken. Generell stelle sich die Frage, wie effektiv Resolutionen seien. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme aber zu.

Ratsmitglied Wagner erklärte, dass er dies aus einer anderen Perspektive sehe. Er habe immer noch den Wunschtraum nach den Vereinigten Staaten von Europa. Dazu gehöre auch die Vereinheitlichung von vielen Dingen. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion lehne die Resolution ab.

Ratsmitglied Dr. Blinn betonte, dass es hier nicht um solidarisches Europa gehe, sondern um Daseinsvorsorge. Wenn man gegen TTIP sei, dann müsse man auch für diese Vorlage stimmen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 30 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen:

die von der CDU-Stadtratsfraktion mit Antrag vom 5. Juni 2018 eingebrachte Resolution.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Mobilitätskonzept Südcampus

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 8. Juni 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Hartmann begründete den Antrag. Im Zuge der Entwicklung des Campus Süd habe sich die Stadtverwaltung viele Gedanken gemacht, wie der Verkehr gesteuert und Parkplätze geschaffen werden könnten. Aber es würden Gedanken fehlen, wie man Verkehr vermeiden könne. Mit dem vorliegenden Antrag solle man sich mehr mit der gesamten Verkehrsthematik am Südcampus beschäftigen. Die Frage sei, ob ein Parkhaus nicht den Parkdruck in der Südstadt noch zusätzlich erhöhe. Suchverkehr aber wolle man vermeiden. Deshalb seien aus seiner Sicht drei Punkte entscheidend. Zum einen die Unibuslinie, dann eine gute Anbindung beider Unistandorte für den Radverkehr und die Ausweisung eines Parkplatzes am Rand. Prüfen sollte man auch den Parkplatz an der Dörrenbergstraße gegenüber der Montessorischule.

Der Vorsitzende bat darum, bei der Frage der Entwicklung eines Campus Süd nicht Einzelthemen in den Vordergrund zu stellen. Klar sei, dass bei der Ausschreibung des nächsten Linienbündels eine Innenstadtlinie angeboten werden müsse. Dies natürlich sinnvollerweise abgestimmt auf die Bedürfnisse der Universität. Er empfehle, den Antrag in den Bauausschuss zu verweisen.

Ratsmitglied Lerch betonte, dass die CDU-Stadtratsfraktion eine eng getaktete Innenstadtbuslinie wolle. Hierzu gehöre natürlich auch die Anbindung beider Universitätsstandorte. Man müsse dies daher in Gesamtheit sehen. Die Grünen würden bereits über Details diskutieren, dabei habe man überhaupt noch keine Vorstellung davon was ein Campus Süd wirklich bedeute. Daher sei es seine Bitte, hier keine Einzelbetrachtung zu machen, sondern es in ein Gesamtkonzept einfließen zu lassen.

Ratsmitglied Vogler war der Meinung, dass die Buslinie sinnvoll abgestimmt sein müsse. Man müsse aber das Gesamtkonzept sehen und dann über alle verkehrstechnischen Fragen diskutieren.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass man jetzt schon ein Parkchaos in der Südstadt habe. Man brauche hier angesichts der möglichen Entwicklung eines Campus Süd definitiv ein Gesamtkonzept.

Ratsmitglied Wagner sprach sich für die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion ebenfalls für den Prüfauftrag aus. Er wolle aber darauf hinweisen, dass eine Unibuslinie bereits existiere. Sie werde aber nicht angenommen.

Ratsmitglied Hartmann entgegnete, dass es bekannt sei, dass es diese Linie gebe und dass sie nicht genutzt werde. Die Verächtlichkeit, mit der über Fahrradfahrer und die Fahrradinfrastruktur gesprochen werde, sei unerträglich. Vom Stadtvorstand und einer anderen Fraktion werde nur über Autoparkplätze gesprochen.

Ratsmitglied Lerch wies die Anschuldigung, man spreche nur über Autoparkplätze entschieden zurück.

Ratsmitglied Wagner beantragte zur Geschäftsordnung eine Sitzungspause von 10 Minuten.



Der Stadtrat lehnte eine Sitzungspause mehrheitlich mit 8 Ja- und 28 Nein-Stimmen ab.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 8. Juni 2018 für ein Mobilitätskonzept Südcampus wird in den Bauausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Neubesetzung von Ausschüssen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 8. Juni 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt:

- a) Herrn Hans Peter Thiel, Bauerngasse 36, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Hauptausschuss
- b) Herrn Rolf Kost, Mörzheimer Straße 18, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Werksausschuss GML
- c) Herrn Hermann Demmerle, Am Jagdstock 40, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Verwaltungsrat EWL
- d) Frau Sonja Baum-Baur, Bahnhofstraße 35, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Umweltausschuss,
- e) Frau Judith Neumann, Unterstraße 2, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Umweltausschuss
- f) Herrn Hans Peter Thiel, Bauerngasse 38, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Aufsichtsrat der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH
- g) Herrn Aydin Tas, Marktstraße 90, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Aufsichtsrat der Energie Südwest AG
- h) Frau Magdalena Schwarzmüller, Badstraße 8 a, 76829 Landau in der Pfalz als Mitglied in den Verwaltungsrat der Sparkasse Südliche Weinstraße
- i) Herrn Klaus Eisold, Godramsteiner Straße 57, 76829 Landau in der Pfalz als stellvertretendes Mitglied in den Schulträgerausschuss



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter des Oberverwaltungsgerichtes Rheinland-Pfalz sowie des Verwaltungsgerichtes Neustadt an der Weinstraße

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 5. Juni 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat schlägt dem Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz

Herrn Peter Lerch, An der Hammerschmiede 7, 76829 Landau in der Pfalz, geb. am 1. Juli 1954 in Offenbach, Dipl. Verwaltungswirt

und dem Verwaltungsgericht Neustadt an der Weinstraße

- 1. Frau Heidi Berger, Im Vogelsang 94 b, 76829 Landau in der Pfalz, geb. am 25. November 1955 in Landau in der Pfalz, Geschäftsführerin**
- 2. Frau Marion Kästel, Münsterstraße 11, 76829 Landau in der Pfalz, geb. am 11. Juni 1956 in Landau in der Pfalz, Verwaltungsfachangestellte i.R.**

als ehrenamtliche Richterinnen und Richter vor.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Vorschlagsliste zur Wahl der Schöffen für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 7. Juni 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

dem Wahlausschuss die in der beigefügten Liste aufgeführten Personen zur Auswahl der Schöffen und der Hilfschöffen für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023 vorzuschlagen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

Widmung des Vereinsheims des Horstsportvereins 1950 e.V., Albrecht-Dürer-Straße 5 in Landau in das Vermögen des Eigenbetriebs Gebäudemanagement Landau (GML)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 16. Mai 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die Übertragung des Vereinsheims des Horstsportvereins 1950 e.V., Albrecht-Dürer-Straße 5 in Landau in das Vermögen des GML zu einem Wert von 1,00 Euro. Die Bilanzierung wird auf „fremden Grund und Boden“ erfolgen.

Die Übertragung soll in Form einer Einlage durch den Einrichtungsträger (Stadt Landau in der Pfalz) als zweckgebundene Rücklage in der Bilanz des GML abgewickelt werden.

Die Widmung erfolgt rückwirkend zum 1. Januar 2018. Ab diesem Zeitpunkt ist das GML für die Unterhaltung und Bewirtschaftung des vorgenannten Gebäudes zuständig.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

Änderung der Satzung über die Ablösung von Stellplatzverpflichtungen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 16. Mai 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den als Anlage beigefügten Entwurf einer Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Ablösung von Stellplatzverpflichtungen als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)

Ausschreibung der Sportfahrten der verschiedenen Landauer Schulen zu Sportanlagen und zum LaOla für das Schuljahr 2018/2019

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 24. Mai 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die Vergabe der Sportfahrten der verschiedenen Landauer Schulen zu Sportanlagen und zum LaOla für das Schuljahr 2018/2019 an den preisgünstigsten Bieter je Los, welcher in der noch laufenden Ausschreibung ermittelt wird. Die Verwaltung wird ermächtigt, den Auftrag im Rahmen der vorgesehenen Haushaltsmittel entsprechend zu vergeben.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)

Einbringung des Entwurfs der Schulentwicklungsplanung für die Stadt Landau

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 7. Juni 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Im Moment arbeite man mit Hochdruck an der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes. Hierzu gehöre auch die sonstige Infrastruktur wie beispielsweise die Schulen. Jetzt habe man ein Gutachten auf dem Tisch liegen mit ersten Handlungsempfehlungen. Man sei in der komfortablen Situation, dass unsere Schulen einen guten Zulauf hätten. Trotzdem müsse man die Schullandschaft weiterentwickeln. So würden im Bereich der Grundschulen Zubauten notwendig werden. Im Bereich der weiterführenden Schulen müsse man das Gespräch mit dem Landkreis suchen. Man lege heute das Gesamtpaket auf den Tisch und bringe es in die Diskussion ein. Nach der Sitzungsfreien Zeit werde man dann in den einzelnen Gremien intensiv in die Beratungen einsteigen.

Bürgermeister Dr. Ingenthron ergänzte, dass man zur Sitzung des Schulträgersausschusses auch alle Ratsmitglieder und Ortsvorsteher einladen werde.

Ratsmitglied Doll begrüßte für die CDU-Stadtratsfraktion, dass es nun einen Entwurf für die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes gebe. Man werde es aber nicht hinnehmen, dass Kinder aus Queichheim zur Grundschule Horstring geschickt werden. Hier bestehe bei den Vorschlägen für die Grundschule Queichheim erheblicher Nachholbedarf. Er erwarte, dass im Ausschuss gute Gespräche und Beratungen geführt würden.

Ratsmitglied Vogler fand es gut, dass es heute nur eingebracht werde. Sie gehe davon aus, dass es eine sachliche Diskussion geben werde.

Ratsmitglied Hartmann erklärte, dass es für die Bündnis 90/ Die Grünen-Stadtratsfraktion Priorität habe, bestehende Schulstandorte zu stärken. Aus seiner Sicht komme der Schwerpunkt Ganztagsbetreuung an weiterführenden Schulen zu kurz. Hier müsste die Stadtspitze aktiv werden. Das gleiche gelte für den Gedanken von unterschiedlichen Schulanfangszeiten. Erstaunlich sei die Bevölkerungsprognose, die dem Plan zugrunde liege. Diese sei für ihn nicht plausibel.

Der Vorsitzende unterstrich, dass alle diese Fachfragen im Ausschuss besprochen werden könnten. Er begrüße es, dass nun auch die Grünen anerkennen, dass wir eine wachsende Stadt seien. Ganz sicher müsse er aber beim Thema Ganztagsbetreuung nicht von den Grünen aufs Pferd gehoben werden. Genau dies habe er schon vor Jahren angesprochen.

Ratsmitglied Freiermuth betonte, dass Landau eine Schulstadt sei. Daher mache ein Schulentwicklungsplan Sinn. Dass Landau wachse, sei Fakt. Wenn man von Ganztagschulen spreche, dann müsse man auch über die Berufsbildende Schule sprechen.

Ratsmitglied Dr. Migl fragte nach der Auswahl des Büros.

Bürgermeister Dr. Ingenthron sicherte eine schriftliche Beantwortung dieser Frage zu.



Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den von der Bietergemeinschaft Reiner mann-Matatko & Scharnhorst-Engel vorgelegten Bericht zur Schulentwicklungsplanung 2018 mit einem Ausblick bis zum Jahr 2030 zur Kenntnis zu nehmen und die Verwaltung zu beauftragen, einen Verfahrensvorschlag zum weiteren Vorgehen zu unterbreiten.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 20. (öffentlich)

Einbringung des Entwurfs der Sportstättenentwicklungsplanung für die Stadt Landau

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 7. Juni 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Es habe noch nie eine so schonungslose und tiefgreifende Betrachtung der Sportstätten in Landau gegeben. Auch hier werde man nach den Ferien tiefgehende Beratungen in den Ausschüssen machen und zum Sportausschuss alle Ratsmitglieder und Ortsvorsteher einladen.

Ratsmitglied Eggers betonte, dass die CDU einen Sportstättenentwicklungsplan schon 2013 gefordert habe. Daher freue man sich, dass dieser Entwurf nun vorliege. Der Bericht zeige, dass die Sportstätten sowohl in Quantität wie in Qualität nicht ausreichend seien. Es gehe nicht immer nur um Sporthallen, sondern immer mehr auch um Bewegungsräume. In die Betrachtung sollten auch die Bäder mit aufgenommen werden.

Ratsmitglied Maier unterstrich, dass aus dem Bericht hervorgehe, dass die Potentiale der Fußballvereine gemessen an der Größe der Stadt zu gering seien. Vielleicht müsse man perspektivisch über mehr Kunstrasenplätze nachdenken.

Ratsmitglied Lichtenthäler begrüßte ausdrücklich das vorgeschlagene Vorgehen. Der Bericht zeige die Defizite deutlich auf. Insbesondere würden Vereine angesprochen. Es zeige sich, dass Sport mehr sei als die WM.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass der Sportstättenentwicklungsplan unabdingbar sei. Ohne die Sporthalle BBS hätte man das komplette Chaos, denn wann die Sporthalle West gebaut werde, wisse niemand.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den vom Institut für Sportstättenentwicklung (ISE) vorgelegten Entwurf zur Sportstättenentwicklungsplanung 2018 zur Kenntnis zu nehmen und die Verwaltung zu beauftragen, einen Verfahrensvorschlag zum weiteren Vorgehen zu unterbreiten.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 21. (öffentlich)

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan „C 37, Lebensmittelmarkt Wieslauterstraße 55“;
Aufstellungs- und Offenlagebeschluss gem. Baugesetzbuch (BauGB)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 22. Mai 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Für das in der Anlage umgrenzte Gebiet der Gemarkung Landau wird der vorhabenbezogene Bebauungsplan „C 37, Lebensmittelmarkt Wieslauterstraße 55“ gemäß § 12 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 2 Abs. 1 und § 13 a BauGB aufgestellt. Der Aufstellungsbeschluss wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt gemacht.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „C 37, Lebensmittelmarkt Wieslauterstraße 55“, einschließlich der textlichen Festsetzungen und der überschlägigen Prüfung der Umweltauswirkungen vom April 2018 wird als Entwurf beschlossen und die Begründung einschließlich des vom Vorhabenträger vorgelegten Vorhaben- und Erschließungsplans gebilligt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Entwurf des Bebauungsplans „C 37, Lebensmittelmarkt Wieslauterstraße 55“ in der Fassung vom April 2018 und der dazugehörigen Unterlagen nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.
4. Die Verwaltung wird mit der Vorbereitung des gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 BauGB mit dem Vorhabenträger vor Satzungsbeschluss abzuschließenden Durchführungsvertrags beauftragt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 22. (öffentlich)

**Bebauungsplan C 25 „Konversion Landau Süd / Landesgartenschau“ –
Aufstellungsbeschluss 2. Teiländerung (Gebiet in der Gemarkung Landau,
Hartmannstraße / Heinrich-Diehl-Straße)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 9. Mai 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Es gehe darum im Sinne der Universität Planrecht zu schaffen. Das weitere sei zunächst Sache des Landes.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass sich die FWG-Stadtratsfraktion enthalten werde. Man wolle einerseits durchaus die Entwicklung der Universität fördern, andererseits befürchte man Chaos an diesem Standort.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 4 Enthaltungen:

Für das in der Anlage umgrenzte Gebiet der Gemarkung Landau, Hartmannstraße / Heinrich-Diehl-Straße wird der Bebauungsplan C 25 „Konversion Landau Süd / Landesgartenschau“ – 2. Teiländerung gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i.V. § 13 a BauGB aufgestellt. Der Aufstellungsbeschluss wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt gemacht.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 23. (öffentlich)

Ausrichtung des städtebaulichen Realisierungswettbewerbs „Gewerbepark Messegelände-Südost“

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 12. Juni 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass man dies zu früh angehe und der Wettbewerb zu teuer sei. Die Probleme mit dem landwirtschaftlichen Betrieb seien noch nicht gelöst, daher werde die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion mit Nein stimmen.

Der Vorsitzende betonte, dass sich die reinen Wettbewerbskosten auf rund 70.000 Euro belaufen würden.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 28 Ja- und 8 Nein-Stimmen:

1. **Der städtebauliche Realisierungswettbewerb wird nach der Richtlinie für Planungswettbewerbe (RPW) 2013 durchgeführt.**
2. **Die Verwaltung wird beauftragt über die Ergebnisse des städtebaulichen Realisierungswettbewerbs zu berichten.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 24. (öffentlich)

B 48, Fahrbahnerneuerung zwischen der B 10 und der K 57 nach Hofstätten

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 18. Juni 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Herr Kamplade gab weitere Erläuterungen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig.

Dem Ausbau der B 48 zwischen Bau-Km 7+900 und Bau-Km 9+300 zur Hangsicherung und Verbesserung der Linienführung wird zugestimmt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 25. (öffentlich)

Abbruch und Neubau der Horstbrücke in Landau in der Pfalz, Vergabe von Ingenieurleistungen für die Objektüberwachung (Teilleistung) und Örtliche Bauüberwachung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 7. Juni 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Mit den Ingenieurleistungen für die Objektüberwachung (Teilleistung) und örtliche Bauüberwachung für den Abriss und Neubau der nördlichen Horstbrücke in Landau in der Pfalz wird die BORAPA Ingenieurgesellschaft mbH, Kaiserslautern, zum Preis ihres Angebotes vom 28.05.2018 in Höhe von 243.756,21 EUR einschließlich Mehrwertsteuer beauftragt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 26. (öffentlich)

Abbruch und Neubau der Horstbrücke in Landau in der Pfalz, Vergabe von Ingenieurleistungen für die bautechnische Prüfung und Überwachung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 7. Juni 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Mit den Ingenieurleistungen für die bautechnische Prüfung und Überwachung (Tragwerksplanung) für den Abriss und Neubau der nördlichen Horstbrücke in Landau in der Pfalz wird Herr Dr. Ingenieur Rolf Wörner, Gesellschafter der BORAPA Ingenieurgesellschaft mbH, Kaiserslautern, zum Preis seines Angebotes vom 28.05.2018 in Höhe von 79.347,58 EUR einschließlich Mehrwertsteuer beauftragt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 27. (öffentlich)

Übertragung von Auftragsvergaben auf den Oberbürgermeister im Einzelfall

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 7. Juni 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

dem Oberbürgermeister bzw. seinem Vertreter im Amt gemäß § 32 Abs. 1 GemO die Vergabe der Aufträge für folgende Maßnahmen:

- **Freigestellter Schülertransport**
- **Sanierung von kombinierten Radwegen und landwirtschaftlichen Wegen**

zu übertragen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 28. (öffentlich)

Mieterhöhungen bei den städtischen Wohnungen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 17. Mai 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

dass das Gebäudemanagement Landau seine Mietbeträge für die Vermietung der städtischen Wohnungen grundsätzlich am einfachen Mietspiegel des Mieterschutzbundes orientiert und unter Beachtung der Mietpreisbremse sowie der Kappungsgrenze die Möglichkeiten zur Erhöhung der Mieten nutzt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 29. (öffentlich)

Wohnungsbau durch das Gebäudemanagement Landau

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 29. Mai 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Man habe noch den langen Weg hin zu einer Wohnungsbaugesellschaft vor Augen. Die Aufsichtsbehörde habe signalisiert, dass man für diesen speziellen Fall der Daseinsvorsorge einen Sonderkreditrahmen einräume. Damit könne man in eigene Wohnungsbauaktivitäten einsteigen. Hierfür habe man auch bereits ein erstes konkretes Projekt vorgeschlagen. Er wolle nochmal klar stellen, dass keine der Aktivitäten, die man gemacht habe, umsonst gewesen seien. Dies was jetzt vorliege sei das Ergebnis eines langen Weges.

Ratsmitglied Lerch unterstrich, dass es jetzt Ernst werde mit der Wohnungsbaugesellschaft. Es sei eine schwere Geburt gewesen mit der ADD als Geburtshelfer. Die ADD habe es aber an die Bedingung geknüpft, dass die Stadt keine Mietpreiserhöhung auslasse. Man sei aber mit diesem Schritt auf dem richtigen Weg. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme zu.

Ratsmitglied Maier erklärte, dass dies ein ganz wichtiges und starkes Signal sei, günstigen Wohnraum zu schaffen. Natürlich könne man nicht alle Probleme auf einmal lösen, aber es bewege sich etwas. Er hoffe, dass dies einen guten Verlauf nehme. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme zu.

Ratsmitglied Kolain begrüßte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die stadteigene Wohnungsbaugesellschaft. Er bitte aber um getrennte Abstimmung der Punkte 1 bis 4 und 5, da der Punkt 5 zu offen formuliert sei. Hier wünsche man sich genauere Festlegungen.

Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass hier eine neue große Tür aufgestoßen werde. Das erhöhte Kreditlimit zwingt aber zu einer noch sparsameren Politik. Wenn sich nämlich die wirtschaftliche Lage verschlechtere, stehe man mit dem Rücken an der Wand. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme zu.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass sie den sozialen Wohnungsbau durch das GML unterstütze. Ein Eigenbetrieb sei die steuerlich und juristisch beste Form. Es störe sie, wenn man sich jetzt schon auf eine künftige Rechtsform festlegen wolle. Man sollte jetzt Erfahrungen sammeln und es zeitnah umsetzen. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion stimme zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die Aufsichtsbehörde gemäß Schreiben vom 8. Mai 2018 (Anlage 1) ein Sonderkreditkontingent für städtische Wohnungsbauvorhaben bewilligt - unter folgenden Maßgaben:
 - Die Stadt muss sich bei der Durchführung an den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit halten. Dies bedeutet, dass die künftigen Mieteinnahmen die Investitionskosten so weit wie möglich decken.
 - Die Stadt Landau darf keine jeweils angemessenen Mietpreiserhöhungen auslassen.



- Die Stadt Landau wird aufgrund der damit einhergehenden Ausweitung der Investitionen im freiwilligen ihre Einnahmequellen und Ausgaben ständig auf Konsolidierungspotential untersuchen.
2. Das Gebäudemanagement wird beauftragt, in einem ersten Schritt die Planung zum Bau von 2 Punkthäusern in der Landauer Südstadt, Straße Guldengewann (siehe Anlage 2), einzuleiten. Die Gebäude mit jeweils 3 bis 4 Wohneinheiten sind nach den Kriterien des sozialen Wohnungsbaus mit einer Förderung der ISB Rheinland-Pfalz zu errichten.
 3. Das Gebäudemanagement wird zur fachlichen Unterstützung im Vorgriff auf den Nachtragswirtschaftsplan 2018 folgende Leistungen beauftragen:
 - für beratende Leistungen zum Sozialen Wohnungsbau, merkel consulting GmbH, Herrn Dipl.-Ing. Ernst Merkel
 - für die Architektenleistungen zum Bau der beiden Häuser, Uwe Knauth Architekten Landau, Herrn Uwe Knauth
 4. Die in diesem Zusammenhang erstellten Kostenberechnungen und Haushaltsmittel werden im für September 2018 geplanten Nachtragswirtschaftsplan 2018 veranschlagt und in der Finanzplanung 2019 aufgenommen.
Damit bereits zu Beginn des Jahres 2019 mit den Bauarbeiten konkret begonnen werden kann, ist die Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung vorgesehen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 29 Ja,- 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

5. das Gebäudemanagement zu beauftragen, im Rahmen der Finanzplanung weitere Wohnbauprojekte zu entwickeln und zugleich die in der Genehmigung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion benannte Struktur einer Eigengesellschaft für den städtischen Wohnungsbau weiter zu verfolgen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 30. (öffentlich)

Sporthalle West; Bereitstellung überplanmäßiger Mittel

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 18. Juni 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Es sei bekannt, dass man noch keinen Zuschussbescheid für die Sporthalle West habe. Man habe aber im Wirtschaftsplan vorsichtshalber keinen Zuschuss eingeplant, so dass die Finanzierung theoretisch grundsätzlich auch ohne Landeszuschuss gesichert sei. Das Ausschreibungsergebnis liege sehr deutlich über der Kalkulation. Wenn man die Ausschreibung jetzt aufhebe, werde man sicher kein besseres Angebot bekommen. Mit dem Beschluss, den man heute vorlege, könnte man noch einigermaßen im Zeitplan bleiben. Er gebe zu bedenken, dass man hier einen wesentlich höheren Zuschussbedarf habe. Es sei dies der Preis der Dynamik.

Ratsmitglied Wagner wollte wissen, was passiere, wenn das Land doch noch länger als 2 Monate für den Zuschussbescheid benötige.

Herr Götz erläuterte hierzu.

Ratsmitglied Eggers fand das Vorgehen des Stadtvorstandes und des GML sehr mutig. Man müsse handeln. Er empfinde das Verhalten des Landes sehr verwunderlich. Landau gehe ständig in eine nicht unerhebliche Vorleistung für fehlende Zuschusszahlungen des Landes.

Ratsmitglied Freiermuth betonte, dass die Vorleistung der Stadt bei der BBS-Halle sinnvoll gewesen sei.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Bereitstellung überplanmäßiger Mittel in Höhe von bis zu 460.000 EURO für die Sporthalle West zuzustimmen, sofern der Bewilligungsbescheid des Landes Rheinland-Pfalz über das Kommunale Investitionsförderungsgesetz (KI 3.0) Kapitel 2, erteilt wird und durch die zeitnahe Mittelbereitstellung keine Erhöhung des Kreditlimits erforderlich wird.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 31. (öffentlich)

Nachtrag Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau (EWL) für das Jahr 2018 für den Betriebszweig Service

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 8. Mai 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- a) Den grundsätzlichen Ausbau des DiZaP-Dachgeschosses. Entsprechende Mittel werden in der Finanzplanung vorgesehen.
- b) Den Kauf von 8 Stellplätzen in der Tiefgarage Theodor-Heuss-Platz. Die notwendigen Mittel in Höhe von 110.000 Euro im Vermögensplan im Betriebszweig Service bereitzustellen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 32. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende sprach das jüngste Starkregenereignis an, zu dem ihn verschiedene Anfragen aus den Fraktionen erreicht hätten. Dieses Thema werde uns noch über Jahre beschäftigen. Eine Forderung nach größeren Kanälen werde dem sicher nicht ausreichend gerecht. In der zweiten Jahreshälfte werde man eine öffentliche Informationsveranstaltung anbieten.

Der Vorsitzende teilte weiter mit, dass mittlerweile die Schlüssel für das Haus Maulbeerbaum an die Genossenschaft übergeben worden seien.

Ratsmitglied Dr. Migl fragte nach, bis wann der Bericht des Rechnungshofes vorliegen werde.

Der Vorsitzende entgegnete, dass dies frühestens in einem Jahr sein werde.

Ratsmitglied Freiermuth bat um Erläuterung, ob das Gebiet um den Weißquartierplatz hochwassergefährdet sei.

Herr Kamplade erläuterte, dass hier keine erhöhte Hochwassergefahr bestehe. Allerdings seien Tiefgaragen bei Starkregenereignissen wie in jüngster Zeit generell ein Problem.

Ratsmitglied Vogler teilte mit, dass sie ihr Mandat im Stadtrat zum 30. Juni 2018 aus privaten und beruflichen Gründen niederlegen werde. Nach 14 Jahren im Stadtrat falle ihr der Schritt sehr schwer. Sie danke allen in Rat und Verwaltung für die sehr gute Zusammenarbeit. In all den Jahren sei sie immer mit Herzblut dabei gewesen.

Der Vorsitzende dankte Frau Vogler für ihr langjähriges Engagement. Der Abschied mache betroffen, verdiene aber Respekt.



Die Niederschrift über die 38. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 19.06.2018 umfasst 38 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 284.

Vorsitzender

Gesehen

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter